

VCD Kreisverband Bamberg e.V.
c/o Andreas Irmisch • Färbergasse 18 • 96052 Bamberg

Per E-Mail an

Oberbürgermeister Andreas Starke
Bürgermeister Jonas Glüsenkamp
Mitglieder des Bau- und Werksenats

Veröffentlichung im Internet

7. Dezember 2021

Gemeinsame Stellungnahme von VCD und BUND Naturschutz in Bamberg zum Bebauungsplanverfahren Nr. 62 R, Erweiterung des Klinikums zum Gesundheitscampus

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Starke und Bürgermeister Glüsenkamp, sehr geehrte Mitglieder des Bau- und Werksenats,

zu oben genanntem Tagesordnungspunkt in der Sitzung des Bau- und Werksenats am Mittwoch, 8.12.2021, sind als Sitzungsvorlage erste Konzepte zur Erweiterung des Klinikums enthalten, zu denen wir frühzeitig Stellung nehmen möchten, um die anstehenden Planungen von Beginn an in die aus unserer Sicht richtige Richtung zu lenken.

Grundsätzlich akzeptieren wir die Umstrukturierung und Stärkung der Klinikumsstandorte in Bamberg, um eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung und Pflege auch in ausreichendem Umfang für Bamberg Stadt und Land sicherzustellen.

Zur Gestaltung des neuen Standorts haben wir jedoch folgende Anmerkungen und Forderungen:

- Das Projekt ist für Stadt und Landkreis ein **Leuchtturmprojekt** und muss daher hinsichtlich Zukunftsorientierung ein **wegweisendes Vorbild** für weitere öffentliche und auch private Projekte sein, um die Glaubwürdigkeit der Stadt in künftigen Gesprächen zu gewährleisten und sie zukunftssicher zu gestalten.
- Der Masterplan zur Klinik-Erweiterung sieht einen **Flächenverbrauch von über 8 ha** vor. Dies scheint uns lediglich für eine Verlagerung des Standorts Michaelsberg-St. Getreu deutlich **überdimensioniert** zu sein. Es scheint nicht dem Gebot des sparsamen Umgangs mit Fläche zu entsprechen. Wir bitten somit den Platzbedarf zu überprüfen und auch stärker in die Höhe zu bauen, um Fläche zu sparen. Eine Flächenausweisung „auf Vorrat“ ist hier nicht angebracht.
- Im Bereich Mobilität sollte als Prämisse z. B. **nur** direkt an einer Einfahrt **ein Parkhaus** gebaut werden. Dies verringert den Bedarf an Versiegelung und führt gleichzeitig zu einer ruhigeren, sichereren Gestaltung des öffentlichen Raums auf dem Gelände.

- Die **Errichtung** der Gebäude muss möglichst **energieschonend** erfolgen. Insbesondere ist zu prüfen, ob sie teilweise in Holzbauweise errichtet werden können und somit die Verwendung von Beton und Stahl mit ihrer schlechten Klimabilanz gering gehalten werden kann.
- Am Ende der Erweiterungsmaßnahme muss der **gesamte Gesundheitscampus klimaneutral** geworden sein. Möglichst viel der bereit zu stellenden Energie muss auf dem Gelände selbst generiert werden. Dabei müssen großflächige Photovoltaik-Anlagen auf allen Dächern, Parkplätzen und sonstigen geeigneten Flächen nicht nur der hinzukommenden, sondern auch der bestehenden Klinikgebäude und Parkplätze installiert werden.
- Neben dem Energieaspekt sollten die Planungen überhaupt den **Umweltgedanken intensiv aufgreifen**, z.B. durch Fassadenbegrünung und Regenwassernutzung. Mehrweg- und Kreislaufsysteme bei der zukünftigen Bewirtschaftung sollten schon bei der baulichen Planung berücksichtigt werden.
- Bei der Ausweisung von Ausgleichsflächen ist darauf zu achten, dass im Saldo nicht zusätzliche Fläche versiegelt wird. Das heißt, dass Entsiegelungen (z.B. auf der Muna) im Vorfeld geschehen sollten. Daneben hat ein **naturschutzfachlicher Ausgleich in unmittelbarer Nähe** zu erfolgen. Ein Biotopverbund vom Bereich Fuchsenwiese zum Bruderwald würde sich anbieten.
- Das in der Vorlage genannte **Verkehrsgutachten muss zwingend** (statt Individualverkehr wie bisher) **den Umweltverbund mit Priorität behandeln**. Das Mobilitätskonzept des erweiterten Klinikums muss aus sozialen Gründen eine **gute Erreichbarkeit ohne eigenem KFZ** sicherstellen. **Angestellte und Besuchende, die kein KFZ besitzen, dürfen nicht vom Klinikum abgehängt werden, weder in der Stadt noch im Landkreis**. Dafür soll der Stadtrat mit dem Landkreis Mindeststandards definieren, die dies ermöglichen.
- Die Auswirkungen auf die umliegenden Wohngebiete und die Verkehrssituation der benachbarten Straßen, Wege und Kreuzungen müssen dabei berücksichtigt werden, um Zusatzbelastungen zu vermeiden.

Bei allen Punkten gilt, dass die Ziele des Verkehrsentwicklungsplans und des Mobilitätskonzepts des Landkreises genauso wenig untergraben werden dürfen wie die Ambitionen der Stadt zur Weiterentwicklung des Flächennutzungsplans.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Andreas Irmisch
Vorsitzender

0951-2975 120
bamberg@vcd.org

Martin Bucker
Vorsitzender

0951-52990
bamberg@bund-naturschutz.de